

Kanton

Berner Bildungsinitiative: Quereinsteiger sollen sich zwingend nachqualifizieren, fordert der Lehrpersonenverband

Am 27. September kommt im Kanton Bern die Bildungsinitiative an die Urne. Doch was genau soll sie bezwecken? Die zentralen Fragen und Antworten.

Regina Schneeberger

Der Lehrpersonenverband sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft setzen sich für die Initiative ein: Virginie Borel (Forum für Zweisprachigkeit), Michael Ritter (GLP-Grossrat), Peter Stämpfli (Stämpfli AG), Tina Hascher (Universität Bern), Stefan Wittwer (Bildung Bern).

Am 27. September stimmt der Kanton Bern über die Berner Bildungsinitiative ab. Die Initiative fordert, Bildungsqualität in der Verfassung zu verankern. Regierungsrat und Kantonsparlament lehnen die Initiative ab. Im Kanton Aargau scheiterte eine ähnliche Initiative im vergangenen Juni.

Nächste Woche geht es für 119 500 Kinder im Kanton Bern wieder in die Schule. Zwar wird auch in diesem Jahr vor jeder Klasse eine Lehrperson stehen, wie es seitens der Bildungsdirektion heisst. Und doch kämpfen die Schulen nach wie vor, wenn es darum geht, offene Stellen zu besetzen. Gegen den Personalmangel und weitere Herausforderungen im Bildungswesen will die Berner Bildungsinitiative wirken.

Am Mittwoch lancierten der Lehrpersonenverband Bildung Bern und weitere Unterstützer den Abstimmungskampf. Am 27. September kommt die Vorlage an die Urne. Doch worum geht es genau? Und was würde sich bei einer Annahme ändern? Die zentralen Fragen und Antworten.

Was fordert die Bildungsinitiative?

Stefan Wittwer von Bildung Bern betont die Wichtigkeit von genug ausgebildetem Fachpersonal an den Schulen.

Die Bildungsqualität soll in der kantonalen Verfassung verankert werden. Bislang steht im Artikel 43 lediglich, dass der Kanton öffentliche Schulen führen muss und dass der Unterricht konfessionell und politisch neutral sein soll.

«Die Kompetenzen der Jugendlichen in Sprache und Mathematik gehen zurück», sagt Stefan Wittwer, Geschäftsleiter des Berufsverbands Bildung Bern. Die Wirtschaft aber brauche gut ausgebildete Fachkräfte. Und Bildung ermögliche Chancengleichheit, unabhängig von der sozialen Herkunft.

Für mehr Bildungsqualität fordern die Initianten bessere Rahmenbedingungen. Insbesondere, dass es an den Schulen genug ausgebildete Lehrpersonen gibt. Sie seien entscheidend für den Lernerfolg. Um die Fachkräfte zu halten, sollen die Anstellungsbedingungen verbessert werden. Das Komitee will nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei den Klassengrössen ansetzen. Ausserdem sollen die Lehrpersonen von administrativen Aufgaben entlastet werden. So dass sie sich in erster Linie auf das Unterrichten konzentrieren können. Konkrete Massnahmen aber gibt das Komitee nicht vor.

Ist der Personalmangel denn noch so drastisch?

Noch ist der Personalmangel an den Berner Schulen nicht überwunden.

Aktuell sind an den Berner Schulen 19 unbefristete Stellen offen. Mehrheitlich fehlt es an Lehrpersonen für den Spezialunterricht, beispielsweise Heilpädagoginnen. Gemäss der Berner Bildungsdirektion ist der Lehrpersonenmangel noch nicht überwunden, die Situation habe sich aber im Vergleich zu den Vorjahren entspannt.

«Selbstverständlich stehen im August vor jeder Klasse Menschen, die ihr Bestes geben», sagt Stefan Wittwer von Bildung Bern. Doch seien 10 Prozent dieser Leute nicht entsprechend ausgebildet. Für diese Quereinsteigenden solle es mehr Anreize geben, die Ausbildung nachzuholen. Wittwer schwebt ein Modell wie in der Pflege vor: dass die Ausbildungskosten teilweise von der öffentlichen Hand getragen werden. Einhergehend mit einer Verpflichtung, danach auf dem Beruf zu arbeiten.

Und was soll das alles kosten?

Geht es ums Geld, bleiben die Initiantinnen und Initianten vage. Das lasse sich kaum beziffern, da Regierung und Parlament über die konkreten Massnahmen befinden müssten. Später und an anderer Stelle könnten aber Kosten eingespart werden. «Bildung ist der wirksamste Schutz gegen Armut», heisst es im Argumentarium.

Wer steckt hinter der Bildungsinitiative?

Der kantonale Lehrpersonenverband Bildung Bern hat die Initiative lanciert. Dahinter stehen auch 11 weitere Organisationen wie der Verband der Schulleitungen oder die Gewerkschaft VPOD. Ausserdem engagieren sich rund 150 Personen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aktiv für das Anliegen, heisst es in der Medienmitteilung. Im Kantonsparlament befürwortete insbesondere die Ratslinke die Initiative. Eine Mehrheit gewann sie aber nicht.

Wer spricht sich gegen die Bildungsinitiative aus?

Sowohl der Regierungsrat wie auch eine Mehrheit des Kantonsparlaments lehnt die Initiative ab. Der Regierungsrat argumentiert damit, dass die Schulen bereits in den vergangenen Jahren gestärkt wurden. Etwa mit zusätzlichen Ressourcen für Schulleitungen und Klassenlehrpersonen. Auch sei unklar, welche finanziellen Folgen eine Annahme hätte.

Im Kantonsparlament forderten Mitte und GLP einen Gegenvorschlag. Die Bildungsqualität sollte nicht in der Verfassung, sondern in einem Gesetzesentwurf verankert werden. Argumentiert wurde mit der Pflegeinitiative. Dort hätten sich die Arbeitsbedingungen trotz Festschreibung in der Bundesverfassung nicht wesentlich verbessert. Schliesslich lehnte der Grosse Rat die Initiative ab und verzichtete auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags.

Auch der Handels- und Industrieverein spricht sich dagegen aus. Bern gebe im interkantonalen Vergleich bereits heute viel für die

Bildung aus. Die Initiative hat aber auch Unterstützer aus der Wirtschaft.

Warum wählen die Initianten den Weg über die Verfassung?

«Wir wollen damit eine Verbindlichkeit erreichen», sagt Stefan Wittwer von Bildung Bern. Prioritäten könnten verschoben, Gesetze geändert, Budgets gekürzt werden. «Die Verfassung aber hält fest, was uns dauerhaft wichtig ist.»

Wittwer erhofft sich eine schnellere und konkretere Verbesserung als in der Pflege. Denn anders als bei der Pflegeinitiative setze man nicht auf Bundes-, sondern direkt auf kantonaler Ebene an. Hier sei das Bildungswesen mehrheitlich geregelt. Und es brauche somit keinen langwierigen Transfer.

Welche Chancen hat die Bildungsinitiative an der Urne?

Eine gute Bildungsqualität findet über die Parteigrenzen hinweg und in einer breiten Schicht der Bevölkerung Unterstützung. So könnte das Anliegen an der Urne durchaus Chancen haben. Dagegen spricht hingegen, dass eine ähnliche Initiative andernorts bereits scheiterte. Im Kanton Aargau verwarf die Stimmbevölkerung das Anliegen im vergangenen Juni deutlich. Die Argumente der Gegnerschaft, die sich unter anderem auf die Mehrkosten beriefen, verfielen dort mehr.